

werden angenommen
in Posen bei der Gräflich der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
Ges. Ad. Schles. Hofstier,
Gr. Gerber- u. Breitestr. Ede,
H. Lickisch, in Prima
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Almonen-Expeditionen J. A.
Wose, Hattenstein & Poser L. C.,
G. J. Dandt & Co., Invalidenbank.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster Jahrgang.

Nr. 301

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vier
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Beziehungen eröffnen alle Ausgaben
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 2. Mai.

1891

Deutscher Reichstag.

112. Sitzung vom 1. Mai, 2 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Vor der Tagesordnung erklärt
Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) mit
Bezug auf die geistige Rede des Abg. Münch, er sei vor 18 Jahren
als Offizier in Wucherhände gerathen, weil er einem Kameraden
jüdischer Abkunft aus der Not geholfen habe. Er habe seine
Chrensheine eingelöst; diese seien aber trotzdem von seinen Gläu-
bigern zurückgehalten worden. 1881 sei eine militär-ehrengemachte
Untersuchung eingeleitet, er sei aber im Militärstande belassen,
und erst sechs Monate darauf habe er vom König seinen erbetenen
Abschied in Gnaden erhalten.

Abg. Münch (dfr.) erwidert, diese Erklärung stimme mit dem
Inhalt der in seinem Besitz befindlichen Alten nicht überein und
legt diese Alten zur Kenntnis der Mitglieder auf den Tisch des
Hauses nieder.

Darauf erledigte das Haus durch Kenntnahmehilfe den Bericht
der Reichsschuldenkommission und tritt hierauf in die zweite Beratung der Branntweinsteuernovelle ein.

Artikel 1 erhöht das Kontingent des zum niedrigeren Steuersatz
von 50 M. herzuftellenden Branntweins für die Brennereien
mit bis 1050 Liter täglicher Produktion um ein Fünftel.

Ein Antrag Dr. Barth (dfr.) will die Differenzierung der
Branntweinsteuern beseitigen und die Konsumsteuer einheitlich auf
50 M. festlegen, eine Resolution Dr. Barth die Maisch-
bottich- und Materialsteuer überhaupt beseitigen.

Ein Antrag v. Schalisch (dtr.) will dem Besitzer mehrerer
nicht mehr als 4 Kilometer von einander entfernten Brennereien
gestatten, seinen sämtlichen kontingentären Branntwein in einer
einzigsten Brennerei zu brennen.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Wir beantragen die Beseitigung der
ganzen Differentialsteuerung des Branntweins, trotzdem wir
wissen, daß unser Antrag augenscheinlich eine Mehrheit noch nicht
finden wird. Die Erfahrungen auch mit der Zuckersteuer haben
uns beigebracht, daß eine Reform radikal sein muß. Die Differential-
steuerung ist nicht zu vereinbaren mit den Interessen der Allge-
meinheit und der Steuerzahler. Die Agrarier sind ja jetzt in die
Defensive gedrängt, und nach und nach wird die protektionistische
Wirtschaft zu vollkommen beseitigt werden müssen. Hier haben
wir aber einen Ausfall der protektionistischen Wirtschaftspolitik,
die den Höhepunkt aller protektionistischen Ausschreitungen darstellt.
Als man die Differentialsteuerung zwischen 50 und 70 Mark
einführte, nahm man ganz falsch an, daß ein Mittelpreis sich
bilden würde. Wir haben damals schon darauf hingewiesen, was
die Erfahrung bestätigte, daß der Preis sich nach dem Satz von
70 Mark richten müsse, daß die ganze Differenz von 20 Mark
den Kontingentschreitungen zufüllen müsse. Unser Antrag, an die
Stelle der Doppelsätze den einfachen Satz von 50 M. zu setzen, würde
dem Fiskus keine Einnahmen entziehen, dagegen den Steuerzählern
eine große Summe ersparen, die durch die Einführung der Berech-
tigungsscheine allein in die Taschen einiger Tauendprivilegierten Brenner
fließt. Wir wissen jetzt aus dem Material der Regierung ganz
genau, wie hoch dieses Gelehrte ist, und an welche Kategorien von
Brennern es sich vertheilt. Es beläuft sich auf 40% Millionen M.
und wird 23 000 Brennereien gegeben. Davon erhalten 9000 ganz
kleine Brennereien jährlich nur je 20 M., 15 000 Brennereien, zwei
Drittel aller Brennereien, erhalten nur 370 000 M., 3876 Brennereien
38 Millionen M. jährlich, eine einzige Brennerei in Baden
erhält allein 180 860 M. Die vier größten Brennereien erhalten
mehr als die 16 000 kleinsten zusammen. Es geht daraus mit
absoluter Deutlichkeit hervor, daß die Absicht, die Tausende von
kleinen Brennereien über Wasser zu halten, nicht vorgelegen
hat. Man hat einfach den Brennern eine Liebesgabe geben
wollen. Eine solche Verschwendug aus allgemeinen Mitteln verträgt
sich aber nicht mit geordneten Finanzverhältnissen. Die Brenner
verlangten eine Entschädigung für ihren angeblichen Verlust wegen
des durch die Erhöhung der Konsumsteuer herbeigeführten Konsum-
rückgangs. Wie in aller Welt kommt man dazu, die Steuer-
zahler, die wegen der hohen Steuer ihren Konsum einschränken
genötigt sind, noch zu einer Entschädigung an die Branntwein-
produzenten zu zwingen? Und dann kann dieser Verlust der Brenner
höchstens 24 bis 30 Millionen M. betragen haben, da der
Konsumrückgang über 1 1/4 Millionen Hektoliter nicht hinausgegan-
gen war. Wie kommt man denn dazu, eine Entschädigung von
40% Millionen zu zahlen? Wenn der Staat diese 1 1/4 Millionen
Hektoliter den Brennern abkaufen wollte, so würde man
immer noch über 10 Millionen dabei profitieren. Es ist ein uner-
hörter Vorgang, einen mißglückten Produktionszweig für die Wirt-
schaft einer gesetzlichen Maßregel zu entzünden. Im Laufe der
Zeit ist eine große Anzahl von Steuergesetzen erlassen, welche den
Konsum zurückzuhalten, ohne daß man irgend einen dafür
entschädigt hätte, so z. B. bei der Tabaksteuer und dem Tabakzoll.

Die Befähigung des Grundzuges, daß es erlaubt sei, zu den
Produktionskosten bestimmter Produktionszweige aus allgemeinen
Mitteln große Summen zu geben, muß zur Folge haben, daß auch
andere kommen und sagen, was den Brennern recht ist, ist uns
billig. Vor allem müßte man dann aus allgemeinen Mitteln die
Wehrung ihres Besitzes nicht. Wollen Sie aber überhaupt
das Privateigentum für die Zukunft aufrecht erhalten, so dürfen
Sie diese ungefundene Begünstigung durch das Branntweinsteuern
zu ziehen, die Vorteile aber die Privateigentümer einheimischen
Thums und geben sie die moralische Grundlage des Privateigen-
tums preis. Es ist eine ganz falsche Anschauung, daß
durch dieses System die Branntweinproduktion gefördert wird.
Es wird da kein Liter Branntwein mehr oder weniger produziert
werden, das Quantum der Produktion wird durch den Konsum
bestimmt. Dieses System gefährdet aber die ganze Zukunft der
Branntweinindustrie, weil es diese aus der natürlichen Entwick-
lung in künstliche, unnatürliche Bahnen hineinbringt. Es ist ein

dringendes Interesse der Allgemeinheit, daß mit dieser Liebes-
gabe so bald als möglich aufgeräumt wird, deshalb werden wir
nicht ruhen und raffen, ehe wir diesen Pfahl aus dem Fleisch
unserer Steuergesetzgebung herausgezogen haben. (Beifall links.)

Abg. Graf v. Kleist (Schönlinz, f.) bestreitet, daß es sich um
eine Liebesgabe an die Brenner handele. Eine Beseitigung der
Differentialsätze würde die Brennereien ruinieren, mit ihnen aber die
Existenz einer zahlreichen ärmlichen Bevölkerung, deren Kartoffeln
in den Brennereien verwertet würden, und ebenso die viele Tau-
sende von Kartoffelarbeitern. Deshalb sei der freisinnige Antrag
unannehmbar.

Abg. Stadthagen (Soz.) tritt für den Antrag Barth ein.
Den Brennern werde nur der Beutel gefüllt. Eine Verbrauchs-
abgabe auf Branntwein sei überhaupt nicht gerechtfertigt.

Abg. Dr. Buhl (nl.) erklärt sich für die Vorlage. Eine
Reform der Branntweinsteuer sei nötig, aber so radical wie der
Antrag Barth es wolle, könne man nicht vorgehen, ohne große
Produktionskreise zu ruinieren. Die Brenner müßten für den Konsum-
rückgang entschädigt werden. Für den Konsumrückgang durch die
Tabaksteuer seien die Tabakbauern durch den Tabakzoll entschädigt
worden. Auch in Frankreich beständen für den Branntwein Diffe-
rentialtarife.

Abg. v. Schalisch (dtr.) ist der Ansicht, daß die großen
Brenner von der Liebesgabe nur Nachtheile hätten, daß diese aber
nötig seien im Interesse der kleinen landwirtschaftlichen Brenne-
reien. Redner befürwortet sodann seinen Antrag, welcher für Be-
sitzer mehrerer Brennereien eine große Erleichterung sein und auch
dem Fiskus die Beaufsichtigung erleichtern würde.

Schatzsekretär v. Malzahn: Zur Zeit ist nach den bisherigen
Erfahrungen es nicht angebracht, an den Grundlagen der be-
stehenden Branntweinsteuerung zu rütteln. Es sollten nur Mängel
beseitigt werden, über deren Vorhandensein Einstimmigkeit herrsche.
Die Regierung werde die Kommissionsbeschlüsse accepieren, nicht
aber darüber hinausgehende Beschlüsse. Vollkommen unannehmbar
sei der Antrag Barth, aber auch der Antrag v. Schalisch, welcher
im Widerspruch stehe mit den Vertheilungsgrundlagen, die der
Bundesrat für die Kontingentierung aufgestellt habe.

Abg. Münch (dfr.) betont nochmals die prinzipielle Gegner-
schaft der freisinnigen Partei gegen die Kontingentierung, erklärt
aber für den Fall der Ablehnung des Antrages Barth für den
Antrag Schalisch stimmen zu wollen, da dieser wenigstens eine
kleine Erleichterung der kleinen Brenner darstelle.

Abg. Hug (dtr.) protestiert dagegen, daß die Differenzierung
der Steuer ein Geschenk an die Brenner sei. Von einer Preis-
steigerung um die vollen 20 M. könne nicht die Rede sein. Ein
einheitlicher Satz würde die süddeutschen Brenner vollständig
ruinieren.

Abg. Dr. Barth (dfr.) erwidert, daß die Berechtigungsscheine
thatsächlich die volle Differenz in die Tasche der Brenner bringe.
Der Berechtigungsschein sei so gut wie ein Zwanzigmarschein.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird unter Ablehnung
der Anträge Dr. Barth und v. Schalisch Artikel I. mit
einem redaktionellen Antrage Dr. Buhl angenommen.

Bei der Beratung über Artikel II. (Gebührenfreiheit der
Steuerkontrolle der Brennereien und Branntweinreinigungsanstal-
ten) und die dazu gestellten Anträge Dr. Witte (dfr.), welcher
auch die Steuerkontrolle der Privatläger gebührenfrei machen will
und Antrag Lender (dtr.), einen Hausruck von 20 Liter für
die Brennereien mit einer Jahresproduktion von höchstens 1 Hektoliter
(lediglich süddeutsche Brennereien) nur mit einer Konsum-
steuer von 9,25 Mark pro Liter zu belasten.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Fortsetzung; kleine Vor-
lagen und Antrag Dr. Hirsch betr. Genossenschaften).
Schluß 6 Uhr.

Frage nur eine dekorative Bedeutung habe. Nicht der Oberlandes-
gerichtspräsident, sondern die Gerichtssetzung verlangt, daß
das erforderliche Beamtenpersonal so vermehrt werde, daß die Ge-
schäfte schnell erledigt werden könnten. Das Aufsichtsrecht des
Oberlandesgerichtspräsidenten darf man nicht beschränken. Es sei
unerhört, daß eine sachlich begründete Forderung wegen Aus-
stellungen an der Person des zeitweiligen Beamten verweigert
werde.

Abg. Steffens (dfr.) sucht nachzuweisen, daß kein Bedürfnis
für die Vermehrung vorliege.

Abg. Graf v. Lümburg-Stirum (konf.) spricht als Schlesier
für die Forderung.

Abg. Dr. Friedberg (natlib.) Die Organisation der Be-
hördcn interessiere das Haus allerdings, wenn von ihm Geld ver-
langt werde. Daß persönliche Gründe für ihn maßgebend seien,
bestreite er entschieden. Das Justizministerium scheine eine gewisse
Scheu zu haben, dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten wegen
seiner vielen Dienstreisen Vorstellungen zu machen, denn es habe
in der Kommission die Auskunft über den Umfang der Dienstreisen
verweigert. In Schlesien seien die Dienstreisen des Herrn v.
Kunowksi bereits dem unfreiwilligen Humor verfallen. Die
Breslauer Zeitung führe mit besonderem Vergnügen über die
Abreise und Rückkehr des Herrn Buch.

Abg. Olzem (natlib.) ist aus sachlichen Gründen für die
Berechtigung. Würde eine andere Persönlichkeit Präsident sein, so
würde die Forderung gar nicht beanstandet werden sein. (Sehr
richtig! rechts.)

Die Debatte wird geschlossen. Die Abstimmung findet erst
später bei der Abstimmung über das gesamte Kapitel statt.

Die Debatte wird nun über die Oberlandesgerichte im Allge-
meinen eröffnet.

Abg. Frhr. v. Hammerstein bringt den Hildesheimer Fall
zur Sprache, wo Referendare durch Besetzung gemäßregelt seien,
weil sie einen jüdischen Referendar nicht in ihre Tischgesellschaft
hätten aufnehmen wollen. Eine solche Maßregelung sei vielleicht
bei Schulungen angebracht, nicht aber bei Leuten, welche die
Universität absolviert und zum Theil Angehörige des Offizierkorps
seien. Durch solche Maßnahmen würden die besseren Elemente
der Justiziarie ferngehalten. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Der Oberstaatsanwalt habe die bei ihm beschäftigten Referendare
nicht verzeigt. Er fragt den Minister, wer recht gehandelt habe,
der Oberstaatsanwalt, welcher nicht verzeigt habe, oder der Ober-
landesgerichtspräsident v. Bardeleben, welcher verzeigt habe?
(Heiterkeit.) Er bitte jedenfalls, die Anträge auf Zurückverweisung
zu berücksichtigen.

Justizminister Dr. v. Schelling will, so peinlich es ihm
sei, eine Antwort nicht versagen. Der Referendar Beny sei von
der Tischgesellschaft abgelehnt worden, weil er mosaischen Glaubens
war. Der Oberlandesgerichtspräsident von Celle habe darin eine
antisemitische Demonstration gehabt (Lachen rechts) und deshalb
die Berechtigung nicht als Disziplinarmaßregel, sondern im Interesse
der Dienstaufführung angeordnet. Von den bei der Oberstaatsanwalt-
schaft beschäftigten Referendaren habe sich der Eine gar nicht an
der Abstimmung beteiligt, die beiden Anderen hätten glaubhaft
nachweisen können, daß ihre Abstimmung nicht einer grundsätzlichen
Abneigung entsprungen sei. (Große Heiterkeit.) Im Prinzip trete
er der Auffassung des Oberlandesgerichtspräsidenten bei, daß es
Aufgabe der Justizverwaltung sei, für ein kollegiales Verhältnis
der Referendare zu sorgen. Indes hätte den Referendaren Ge-
legenheit gegeben werden müssen, sich zu rechtfertigen. Es sei ja
die Möglichkeit vorhanden gewesen, daß nicht eine grundsätzliche
Abneigung gegen die Angehörigen einer anderen Konfession, son-
dern eine Antipathie gegen die einzelne Person vorgelegen. Er habe
das dem Präsidenten mitgetheilt. Eine Zurückverweisung empfehle
sich nicht, denn die nachtheiligen Folgen, welche die Verziehung für
die Ausbildung der jungen Leute habe, würden dadurch noch ver-
stärkt werden.

Abg. Brandenburg (dtr.): Ich stehe in Bezug auf die
Hildesheimer Angelegenheit auf Seiten des Herrn v. Ham-
merstein. Es ist ein unleidlicher Zustand, daß die Justiz genö-
thigt ist, allerlei Elemente aufzunehmen, welchen zur Zeit sich andere
Karrieren noch verschließen. Das gilt vor Allem von den Juden.
Gesetzlich sind ja die Unterschiede aufgehoben. Sie haben das volle
honorum. Aber es ist nicht überall gelungen, die Minder-
achtung im Volke ganz zu überwinden. Wir müssen vor Allem die
Autorität der Beamten wahren, und dazu gehört, daß bei allen
Amtern gleichmäßig verfahren wird, oder man giebt durch eine
einseitige Zulassung zu erkennen, daß die betreffende Amtsstelle ein
minderes Maß von Ansehen und Ehre zu beanspruchen hat. Da-
gegen ist eine Selbstverteidigung nötig. zunächst ist diese ja
Sache der Rektorverwaltung; soweit es aber von dieser nicht durch-
zusetzen ist, auch der einzelnen Beamten, natürlich in ziviler Form.
(Lachen links.) Die Justiz befindet sich in diesem Nothstande.
(Abg. Richter: Das ist gegen die Gleichberechtigung der Kon-
fessionen.) Und so ist es im Hildesheimer Fall. Es war mir gestern
erfreut zu hören, daß eine Änderung der Justizgesetze in Aus-
sicht genommen ist, und ich hoffe, daß eine Remedy in dieser Be-
ziehung eintreten wird. Ich bin nicht gegen eine Zulassung der
Juden in alle Amtsräte überhaupt, sondern gegen die Zulassung in
die Justiz. (Beifall rechts.) (Abg. Richter: Die Katholiken
wollen Sie, die Juden nicht.)

Abg. Lubrecht (national.): Kann als Hildesheimer keiner
Partei Recht geben. Zweifellos hänge die Sache mit dem Ant-
semittismus zusammen, und eine Erörterung derselben könnte
nur zu Ausschreitungen führen. Redner erklärt sich für
einen Gegner des Antisemitismus. Der Antisemitismus, wie
er sich in dem Verhalten der Wanderredner fundiert, das
Verhalten der antisemitischen Missionare ist nicht in Stande,
einen Wandel zum Besserer zu schaffen, sondern dient
nur dazu, Hass zu schaffen, die Begehrlichkeit der einen Klasse nach
den Glücksgütern der anderen aufzuregen. Der Antisemitismus
widerspricht auch dem Rechtsgefühl und ist unchristlich. Wo die
Apostel des Antisemitismus aufgetreten sind, da ist der Friede zer-
stört worden. Das Beispiel meiner Vaterstadt Hildesheim beweist
das am besten. Der Oberlandesgerichtspräsident hat vollkommen

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

79. Sitzung vom 1. Mai, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

In nochmaliger zweiter Abstimmung wird das Wahlgesetz
endgültig angenommen, und darauf die Beratung des
Justizrats bei der gestern abgebrochenen Verhandlung über
die Forderung einer neuen Senatspräsidentenstelle am
Oberlandesgericht zu Breslau fortgesetzt.

Abg. Simon v. Gaström (konf.) tritt für die Bewilligung
der Forderung ein. Die Gründe, welche dagegen vorgebracht
worden, seien rein persönlicher Natur gewesen. Wollte man dem
Abstimmungsantrag folge geben, so würde man sich auf eine ab-
schüssige Wahl begeben, und sich in eine Einmischung des Parla-
ments in Fragen der Verwaltung einlassen. Die gegen den Ober-
landesgerichtspräsidenten in Breslau erhobenen Vorwürfe seien
nicht bewiesen. Das Vertrauen zu der Justizverwaltung erfordere
die Genehmigung der Position, nachdem von Seiten der Justiz-
verwaltung die Dringlichkeit derselben nachgewiesen worden sei.

Abg. Munkel (dfr.) fragt an, ob die Justizverwaltung ihre
Informationen über die Bedürfnissefrage auch anders woher geholt
habe, als nur vom Oberlandesgerichtspräsidenten selbst, ob man
insbesondere auch die Senatspräsidenten befragt habe. Das Haus
habe durchaus das Recht und die Pflicht, die Verwaltungsthätigkeit
des Herrn zu kritisieren. In dem Oberlandesgerichtsbezirk Breslau
herrschen doch außergewöhnliche Zustände, der Präsident brauche
zur Revisionsarbeit verhältnismäßig sehr viel mehr Zeit als andere
Präsidenten, und wenn der Erfolg dieser Revisionsfähigkeit darin
bestehe, daß Verfügungen erlassen würden wie die gestern besprochene,
dann könne man eine Einschränkung nur wünschen.

Reg.-Kom. Eichholz erklärt, daß die Senatspräsidenten
allerdings nicht befragt seien, weil das nicht üblich sei. Das die
Darstellung des Oberlandesgerichtspräsidenten keine einseitige sei,
bewiesen die zahlenmäßigen Nachweiseungen.

Abg. Korisch (konf.) sieht in den Reden Friedbergs und

Recht, wenn er die Referendare bestraft hat, weil sie aus Antisemitismus gehandelt haben. Auf der anderen Seite aber muß das Recht einer geschlossenen Gesellschaft gewahrt werden. Nachdem der Referendar seine Meldung trotz vorheriger Warnung aufrecht erhalten hat, hat er viel weniger Sympathie für mich. Dadurch wird die Sache zu unwichtig, um die kostbare Zeit des Hauses zu vergeuden.

Abg. Stöcker (kons.) hält dem Vorredner einen Widerspruch des Anfangs seiner Rede mit dem Schluß vor. Wohin sind wir in Preußen gekommen, wenn eine freie Vereinigung in dieser Weise behandelt wird. Zu dieser Vereinigung gehörten auch Männer anderer Standes. Wer weiß denn, ob gerade ein Referendar den Ausschlag für die Ausschließung gegeben hat. Das die Mitglieder einer freien Vereinigung in dieser Weise verhöhnt werden, widerspricht jeder Vorstellung von Zivilisation und Freiheit. (Beifall rechts. Lachen links.) Auch Christen sind von der Tischgesellschaft abgelehnt worden; da aber hat sich Niemand eingemischt, sondern nur, wenn es ein Jude ist. Man will die Juden zu einer Art höheren Wesens machen, deren Ansehen man mit staatlichen Mitteln durchsetzt. Geht das so weiter, so kommen wir dahin, daß die ganze juristische Karriere von Juden aufgesogen und kein christlicher Referendar mehr übrig bleibt. (Beifall rechts. Gelächter links.)

Abg. Bödicker (Bentr.): Wenn die Ablehnung aus lediglich antisemitischen Gründen erfolgt wäre, so müßte ich das bedauern. Ich bedauere aber, daß nicht eine Untersuchung eingeleitet wurde, und daß der Oberlandesgerichtspräsident einseitig ohne Rücksprache mit dem Oberstaatsanwalt vorging.

Die Rede des Abg. Brandenburg ist als eine antisemitische aufgefaßt worden, und ich habe auch diesen Eindruck gewonnen; ich thieile aber diese Ansicht, und so viel ich weiß, viele oder fast alle meiner Freunde nicht. Ich glaube, Herr Brandenburg hat nicht sagen wollen, daß weil zu anderen Karrieren Juden nicht zugelassen werden, das auch bei der Justiz der Fall sein soll, sondern daß gesetzlich für alle Ressorts gleiche Bahn geschaffen werden soll.

Minister v. Schelling erwidert dem Abg. Stöcker, daß er das Recht einer geschlossenen Tischgesellschaft wohl anerkenne, aber im Prinzip die Auffassung des Oberlandesgerichtspräsidenten für richtig erklärt habe, daß die Referendare mit einander ein kollektives Verhalten zu beobachten haben.

Abg. Mundel: Wir hätten diese Angelegenheit mit der ersten Erklärung des Ministers erledigen können, der von einem auch von mir nicht anerkannten Vorrecht jüdischer Referendare nicht gesprochen hat. Ich nehme nur Veranlassung, mich hier zu äußern, weil es Abgeordnete gibt, die die Berechtigung einer antisemitischen Demonstration betonten. Herr Brandenburg sprach über ein Missverhältnis der Justizverwaltung, welche Juden zulasse da, wo man andere zurückweise, von einem Mindermaß der Achtung, dessen sich die Befürworter der jüdischen Religion, die Abkömmlinge israelitischer Abstammung zu erfreuen haben. Wenn ein solches Vorurtheil tatsächlich außerhalb der antisemitischen Kreise vorhanden wäre, so müßte es im Anschluß an die Gesetzesgebung bestätigt werden. Herr Brandenburg ist es nicht darum zu thun, den jüdischen Glaubensgenossen auch andere Ressorts, etwa speziell das militärische (Heiterkeit) zu eröffnen. Mir ist es auch nicht bekannt, daß das juristische Ressort eine geringere Absperrung gegen die Juden als alle anderen hätte. Wäre das der Fall, so würde ich mich desto mehr freuen, diesem Ressort anzugehören. Aber er agitiert dafür, einstweilen im Justizressort dieselbe Zurückhaltung walten zu lassen,

wie sie sonst vorhanden ist, und aus diesem Grunde leitet er für die Referendaren das Recht her, wenn die Gesetzgebung sie im Stiche lasse, sich selbst im Wege des gesellschaftlichen Boykotts derer zu erwehren, die sie nicht möchten. Das räth Herr Brandenburg zukünftigen Richtern. Die einzige Frage kann nur die sein, ob der Oberlandesgerichtspräsident sicher sein könnte, daß das Richtige getroffen zu haben. War das der Fall, handelte es sich um einen Akt antisemitischer Demonstration, dann hat er in Konsequenz seiner Auffassung auch das Richtige getroffen.

Abg. Brandenburg: Ich scheine mißverstanden zu sein. Ich habe nichts weniger als eine antisemitische Rede halten wollen. Ich bitte Sie meine Rede zu lesen. (Lachen links.) Ich habe mich keineswegs gegen die Zulassung des jüdischen Elements überhaupt, sondern nur gegen die einseitige Zulassung zur richterlichen Karriere ausgesprochen.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Die Rede des Abg. Brandenburg war eine antisemitische, denn sie lief doch im Grunde auf eine Beschränkung der Juden hinaus. Da ich mit dem Vater des Referendar Ventheim befreundet bin, kann ich zuverlässig erklären, daß letzterer, als ihm mitgetheilt war, daß ein Mitglied der Tischgesellschaft entschieden gegen seine Aufnahme sein würde, auf die Meldung zur Aufnahme verzichtet hat, und erst, als im Laufe der Zeit jene Persönlichkeit versezt war, hat er sich gemeldet. Ich bedauere, daß diese Familie, die seit Jahrzehnten sich bemüht hat, ohne Vorbehalt im deutschen Wesen aufzugehen, von einem Ausbruch einer derartigen antisemitischen Geistigkeit betroffen ist.

Abg. Ritter (dfr.): Herr Brandenburg hat den Eindruck seiner ersten Rede absolut nicht verwirkt.

Sie war eine durchweg antisemitische, und ich bedauere, daß ein Mitglied der Partei, die für Wahrheit, Recht und Verfassung eintritt, an den Grundlagen unserer Verfassung so rütteln kann. Seine Rede war doch nur eine Aufforderung an den Justizminister, die Juden nicht zu befördern und zuzulassen. Ist es Ihnen denn an den 2 Oberlandesgerichten, die der Justizminister ernannt hat, schon zu viel? Vieelleicht heißt der Justizminister das Verhältnis der Zahl der christlichen und jüdischen Richter mit. Wohin sind wir gekommen, daß derartige Debatten möglich sind wie gestern hier und im Reichstag?

1869 wurde der Antrag der Fortschrittspartei auf Gleichberechtigung der Konfessionen im bürgerlichen und staatsbürgerlichen Leben ohne Widerspruch angenommen, und Abg. Windhorst trat vor allem dafür ein. Es wäre sehr gut, wenn seine Worte bei allen Mitgliedern seiner Partei im Gedächtniß blieben.

Abg. Brügel (Btr.) kann in der Zurückweisung des Referendars wegen seines Glaubens nicht eine antisemitische Demonstration sehen und auch kein antiklerikalisch Verhalten darin finden. Zugem sei ja vom Oberlandesgerichtspräsidenten keine Nachforschung angestellt worden über die Gründe der Zurückweisung. Ein ungewöhnliches Verhalten der ablehnenden Tischgesellschaft sei nicht nachzuweisen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Periodisch bemerkte

Abg. Lubrecht, daß die Ausführungen des Abg. Stöcker nicht den Eindruck christlicher Liebe gemacht hätten.

In der Abstimmung wird die Forderung für den neuen Senatspräsidenten gegen die Stimmen der Konservativen, Freikonservativen, einiger Nationalliberalen und des Zentrumsmitgliedes Imwalle abgelehnt, im Uebrigen wird die Position angenommen.

Bei dem Titel "Staatsanwälte" erhebt

Abg. Cremer (Teltow) ausführlich Klage darüber, daß die

Staatsanwaltschaft das Vorhandensein eines "öffentlichen Interesses" gelegnet und es abgelehnt habe, gegen den Abg. Richter einzutreten, der im Februar v. J. in einer Wahlversammlung ihn beschuldigt habe, sein Mandat für 20 000 Mark verschacht zu haben. Er habe schon 1888 öffentlich erklärt, daß jeder Verbreiter solcher Gerüchte ein elender Lügner und erbärmlicher Verleumder sei — hier sage er das natürlich nicht. (Heiterkeit.) Wenn in einem solchen Falle wie dem vorliegenden, wo der Vorwurf des Mandatschakers erhoben worden, kein öffentliches Interesse vorliege, dann wisse er nicht, was man darunter verstehe. Eine Privatklage gegen den Abg. Richter zu erheben, könne man ihm nicht zumuthen, da ja die Privatbeleidigungslage etwas anrüdig geworden sei für zweifelhafte Elemente, sich ein gerichtliches Wohlverhältniszeugnis ausstellen zu lassen.

Regierungskommissar Lucas erklärt, daß der Minister schleunigst der Sache näher treten werde. Er müsse jedoch erst den Bericht der Staatsanwaltschaft einfordern.

Abg. Richter bestreitet, daß er gesagt habe, Cremer habe 20 000 Mark für seine Person bekommen. Er habe nur gesagt, daß Cremer auf Einwirkung des Geheimen Raths Rottenburg aus der Reichskanzlei von seinem Mandat zurückgetreten sei, und daß damit ein Betrag zusammenhängt, der für Wahlzwecke gegeben worden sei. Er habe diese Erklärung bereits als Zeuge in einem Prozeß abgegeben, welchen Cremer gegen den Berichterstatter der "Preußischen Zeitung" angestrengt, weil dieser von seiner (Richters) Rede einen Bericht fertiggestellt habe, der Unrichtigkeiten enthielt. Warum Cremer den Ausgang dieses Prozesses nicht abwartete, verstehe er nicht.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei der Position "Gerichtsschreiber" befürwortet Abgeordneter Stöcker eine Besserstellung der Altware und Gerichtsanwärter. Im Kammergerichtsbezirk seien 250 Altware, die noch nicht einmal Diätare seien, obgleich sie 7, ja 8 Jahre bereits in Thätigkeit seien.

Reg.-Kommissar Eichholz gibt zu, daß die Lage der Altware einer Verbesserung sehr wohl bedarf. Eine Besserung verspreche er sich von der Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, der Einführung der Dienstalterstufen und der Erhöhung der Gehälter. Es werde auch in Zukunft festgesetzt werden, wie viel Anwärter überhaupt angenommen werden, damit für jeden die Erlangung einer festen Stelle in einer gewissen Zeit sicher gestellt werde.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel "Amtsgerichte" befürwortet

Abg. Dr. Graf eine bessere Unterbringung der Amtsgerichte in Elberfeld und Barmen. Namentlich der Zustand des Kantonsgefängnisses sei geradezu standalös. Neubauten seien dringend notwendig.

Reg.-Kom. Stark verichert, daß sobald als möglich Abhülfe geschaffen werden solle.

Abg. Mundel wünscht ein neues Amtsgerichtsgebäude für Charlottenburg.

Abg. Strombeck klagt über die zu lange Dauer mancher Strafkammer- und Schwurgerichtssitzungen. Ausnahmsweise könne es ja nötig werden, über 7 Stunden ununterbrochen zu sitzen; das dürfe jedoch nicht die Regel werden. Einem übermüdeten Kollegium dürfe man nicht die Entscheidung über Freiheit und Leben unterbreiten.

Abg. Mundel schließt sich diesen Ausführungen an. Wie ermüdet schon eine 4stündige intensive Geistesarbeit wirke, zeige schon ein Blick auf dieses (fast leere) Haus. (Heiterkeit.)

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 1. Mai.

"Mag unser märkischer Sand noch so mager sein, die Bäume, die darin wurzeln, stehen fest!" — diese Worte, die der frühere Minister v. Goßler heute beim Festbanket der Kunstaustellung gesprochen hat, sie gelten der Kunst, die auch in dem dünnen Boden der Mark, auch an dem Strande der Spree eine Heimstätte gefunden hat. Es ist ihr nicht eben leicht geworden in dem kriegerischen Preußen und wer der heutigen Erfahrung der Internationalen Jubiläum Ausstellung beigewohnt hat, mußte wirklich staunen, daß einst inter arma silent artes. Die heutige Ausstellungs-Eröffnung weckte wehmüthige Erinnerungen an die gleiche Feier im Jahre 1886. Damals hörten wir zum letzten Male den greisen Kaiser Wilhelm sprechen — rührend schlichte, aus der Empfindung des Augenblicks fließende Worte pietätvollen Gedächtnisses an den großen Friedrich. Damals haben wir zum vorletzten Male „unseren Fritz“ gesehen; wir standen an der eben eröffneten Osteria, der lustig eigenartigen italienischen Künstlerkneipe — der Kronprinz fuhr langsam heran und als er die weinlaubumspinnene Osteria erblickte, ein Wahrzeichen, des ihm so herzenslieben Italien, da slog ein Lächeln freudiger Überraschung über seine edlen Züge und laut „Bravo, Bravo!“ rufend, klatschte er in die Hände. Noch einmal, beim griechischen Fest derselben Jahres, sahen wir den kunstliebenden Prinzen — es war das letzte Mal, daß er sich inmitten der Berliner Künstler gezeigt hat . . .

Die kunstfeste Gattin des Unvergleichlichen ist Protektorin der diesmaligen Ausstellung. Am Arme des kaiserlichen Sohnes, der die weiße Uniform der Garde-Kürassiere mit dem Bande des Schwarzen Adler-Ordens und an dem linken Arme den schwarzen, der Trauer um Moltke gelgenden Flor trug, betrat die Kaiserin Friedrich gegen 12 Uhr die Ausstellung und nahm auf der Estrade im Kuppelsaal Platz, ihr zur Rechten der Kaiser, zur Linken die Kaiserin Auguste Viktoria, die der Erbgroßherzog von Baden geführt hatte; daneben nahmen die Prinzessin Friedrich Karl, Erbprinz und Erbprinzessin von Meiningen, die Prinzessin Margarethe u. A. Platz. Fanfarenstöße waren erklingen, als der Hof durch die Phalanx der Pagen — Kunstabemaler in altdeutscher Tracht und blonder Perrücke — die Ausstellung betreten hatte. Nun erschallte der von Prof. H. Hoffmann komponierte Kaiserhymnus, von 150 Sängern der Biedertafel unter Begleitung von 140 Militärmusikern gesungen. Im Halbkreis vor der Kaiser-Estrade hatten Aufstellung genommen das diplomatische Korps, die Präsidien der Parlamente, die Minister, Hofchargen, Rektoren der Universität und der anderen Hochschulen, Vertreter der Akademie der Wissenschaften und Künste der Stadt Berlin und sehr zahlreich die hinter der Diplomatie aufgestellten — oder ver-

steckten? — Vertreter der hiesigen und ausländischen Presse. Im Ganzen eine sehr illustre und interessante Gesellschaft, in der manch feingeschnittener Charakterkopf zu längerem Studium einlud.

Als der Hymnus verklungen, trat Direktor Anton v. Werner vor und wandte sich in längerer Ansprache an den Kaiser und die kaiserliche Protektorin. In trefflicher Darlegung führte Werner, der keineswegs unser bedeutendster Maler, wohl aber der tüchtigste Kopf und der gewandteste und diplomatischste Redner unter den Berliner Künstlern ist, aus, wie sich hier zum fröhlichen Wettkampfe die Künstler aller Nationen eingefunden hätten und es in diesem Kampfe nur ein gemeinsames Ringen aller neben einander gebe und der Sieg des Einen nicht die Niederlage und Vernichtung des Andern bedeute. Der Wege, welche von den verschiedenen Richtungen der Kunst beschritten werden, seien viele, das Ziel aber, zu dem diese Wege führen, sei das eine und gleiche gewesen zu allen Zeiten. Ihm habe der Verein Berliner Künstler seit 50 Jahren nachgestrebt und er habe geglaubt sein Jubiläum nicht würdiger feiern zu können, als durch eine internationale Ausstellung. Dann gedachte Redner der beiden dahingeschiedenen ersten Kaiser des deutschen Reiches, des Ehrenmitgliedes des Vereins Moltke und brachte dann der Kaiserin Friedrich, dem Kultusministerium und allen Förderern der Ausstellung den Dank des Vereins dar.

Kaiserin Friedrich, sichtlich ergriffen von den auf sie einstürmenden Erinnerungen, sprach mit leiser, kaum vernehmlicher Stimme einige Worte der Befriedigung über das Zustandekommen des schönen Werkes und ersuchte den Kaiser, die Ausstellung für eröffnet zu erklären. Nachdem dies geschehen, verließ der Kaiser seinen Platz, trat in den Kreis der Festversammlung und richtete in ungemein ritterlicher Liebenswürdigkeit Worte des Dankes an die hohe Protektorin. In weit hin vernehmlichen Worten pries er den künstlerischen Sinn der hohen Frau und seines verstorbenen Vaters. Dieser künstlerische Sinn habe allein diesen Tag ermöglicht, der durch die Gegenwart der Kaiserin Friedrich verherrlicht werde. Dann brachte der Kaiser, chevaleresk mit der Linken den Helm schwankend, ein Hoch auf die Protektorin aus. Jubelnd ward das Hoch von der Versammlung wiederholt. Ein von Werner ausgebrachtes Hoch auf den Kaiser und ein schwungvolles „Salvum fac regem“ schloß die sehr würdige Feier.

Während des nun folgenden mehr als einstündigen Rundganges des Hofes durch die Ausstellung war leichtere für alle Welt — das Komitee ausgenommen — gesperrt, eine vom Hofmarschall im Gegensatz zu dem sonstigen Gebrauch angeordnete Maßregel, die das zahlreiche Publikum zwang, sich $1\frac{1}{2}$ Stunden die halbe Eskadron Garde-Kürassiere und die halbe Schwadron Garde-Ulanen anzusehen, die dem Bierspänner des Kaisers und dem fechsspänischen Wagen der beiden Kaiserinnen vorangeritten waren. Die Helm- und Lanzen spitzen glitzerten in der strahlenden Mittagssonne — für militärische Gemüther zweifellos ein erhabender Anblick, aber wer gekommen

war, ein Werk des Friedens und der Kultur zu feiern, mußte von dem Anblick der zwei Stunden im Ausstellungspark fasziniert werden ca. 300 Reiter etwas überrascht sein. Auch die Eingänge des Ausstellungspalastes waren von Soldaten flankiert. Daneben machten sich überzahlreiche Schutzleute bemerkbar — es kam zu mancherlei sonderbaren Episoden. Einem Komiteemitglied, Professor Gussow, der wohl nicht genügend zahlreiche Orden trug, verweigerte ein Schuhmann den Eintritt in den Skulpturen-Saal; ein Reichstagsabgeordneter, der feinen Zylinder aufgesetzt hatte, zog sich fortgesetzt den Unwillen eines Schuhmannes zu und wäre von einem Lieutenant beinahe „siftzt“ worden . . .

Von dem militärisch-polizeilichen Nebencharakter der Feier verspürte man freilich nichts mehr, als kurz vor 3 Uhr mehrere hundert geladene Ehrengäste sich in dem großen Restaurant zum Festbanket zusammenfanden — eine ungemein interessante internationale Gesellschaft. Durch das verhüllte Lichtdach huschte, als wir zu unserem Platz gingen, gerade ein neugieriger Sonnenstrahl in den Saal hinein und traf den mächtigen kahlen Schädel der großen kleinen Menzel, der eben eifrig mit Meister Knauß konferierte. Daneben saß Goßler, das Ehrenmitglied des Künstlervereins. Dann folgte Werner, dann der sehr sympathisch wirkende, geistvoll blickende neue Kultusminister Graf Böldi. Dann Münnakazy, der große Ungar, der Belgier de Brient und so fort. Ein Verbrüderungsfest der Künstler ward hier gefeiert. Es sprach ein Ungar, ein Däne, ein Belgier, der alte Kostüm-Weiß, der eigenartige August v. Heyden, der unter dem Jubel der Anwesenden den um die Kunst hochverdienten Minister Goßler feierte. Graf Böldi versprach den Wegen seines Vorgängers auf dem Gebiete der Kunst zu folgen und ihm nachzustreben; Goßler, sich als einen nun „freien Mann“ bezeichnend, tostete auf das Ausstellungskomitee und pries Berlin als Heimstätte der Kunst. Sehr wifikam sprach wiederholt Anton v. Werner und selbst ein Münchener — Friedrich v. Uhde — macht Berlin sein Kompliment, auf das Zusammenwirken von Berlin und München tostend — eine etwas überwöchende Kunde, denn München hat den Vorschlag, mit Berlin in den Ausstellungen zu alternieren, zurückgewiesen, hat die Wiener Künstler — freilich erfolglos — uns abspenstig machen wollen und hat die uns grossländigen Norweger eilig an den Isestrand geladen. Aber in der glücklichen Bankettstimmung nahm man auch den Uhdeschen Trinkspruch fröhlich auf.

Jedenfalls hat Berlin wie auf diesem Fest, so auch in der Ausstellung die Pflichten des Wirths voll erfüllt. Es hat seine Künstler in die hintersten Räume verbannnt, es hat den Fremden die besten Plätze eingeräumt und mit vollem Recht darf es den Dank acceptiren, den Münnakazy aussprach, als er in seinem Trinkspruch für die Ungarn nicht nur in den Herzen, sondern auch in den Ausstellungssälen Berlins den gleich guten Platz, wie diesmal, auch für die Zukunft erbat.

Der Titel wird bewilligt.

Bei der Forderung für Landrichter und Amtsrichter fordert Abg. Lottichius (natl.), daß die Landrichter und Amtsrichter im ganzen Umfang der Monarchie gleichmäßig rangieren.

Geh. Rath Eichholz erwidert, daß das nur der Fall werden kann, wenn für diese Beamten das System der Dienstalterzulagen eingeführt worden sei. Es sei Aussicht vorhanden auf Einführung dieses Systems, nicht bloß für die Subalternbeamten, sondern auch für die richterlichen Beamten, die aber auf Schwierigkeiten stoße, welche nicht bloß finanzieller Natur seien. Die Dienstzeit müßte dann auch nicht von bestandenem Assessorexamen, sondern von der tatsächlichen Anstellungszeit an berechnet werden.

Zu Tit. 6 (Subalternbeamten) wird ein Antrag der Kommission angenommen, die Zahl der pensionsfähigen Lokalzulagen für 166 Beamte in Berlin auf 174 und die Zahl der Zulagen für 96 Ge-richtsschreibergehilfen von 96 auf 104 zu vermehren.

Der Tit. wird bewilligt.

Bei Tit. 18 "Kanzleigehilfen" bringt Abg. Munzel den Erlaß des Ministers zur Sprache, wonach für die Mehrbeträgen der geschriebenen Seiten nicht die höheren Sätze, sondern der niedrigste Satz von 8 Pf. zu berechnen sei. Dieser Erlaß sei keine Weihnachtssurprise gewesen, denn er hätte oft eine Verminderung des Einkommens um monatlich 20 Mark zur Folge.

Geh. Rath Eichholz spricht diesem Erlaß die ihr von dem Vorredner beigelegte große Bedeutung ab. Die Zahl der davon betroffenen Beamten sei sehr gering, sie treffe nur diejenigen Beamten, welche das sogenannte Mindesteinkommen beziehen und von diesen auch nur diejenigen, welche einen höheren Schreiblohn als 8 Pfennige für die Seite beziehen, was nur ausnahmsweise der Fall sei.

Der Rest der ordentlichen Ausgaben wird bewilligt und das Haus verträgt sich auf Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Tagesordnung, Städteordnung für Regierungsbereich Wiesbaden). Schlüß nach 4½ Uhr.

Lokales.

Posen, 2. Mai.

* Die Bestätigung des Herrn Stadtrath Wittling in Danzig als Erster Bürgermeister der Stadt Posen für eine zwölfjährige Amtsduer wird heut im "Reichsanzeiger" amtlich bekannt gemacht.

* Personal-Nachrichten aus dem Bereich der königlichen Eisenbahndirektion Bromberg. Betriebssekretär Nejewski in Posen und Stationsassistent Frank in Nowrażlaw sind gestorben. Der Stationsvorsteher 2. Klasse Kauflmann in Allenstein ist zum Stationsvorsteher 1. Klasse ernannt. Stationsassistent Wilke von Pottangom nach Gerdauen, die Stationsassistenten Dziegiecki in Kreuz nach Korschen und Molch in Stargard in Pomm. als Stationsassistenten nach Groß-Rambin versetzt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Spandau, 1. Mai. Der 1. Mai geht bis jetzt an den hiesigen 15 000 Arbeitern spurlos vorüber. Nirgends wird eine Versammlung abgehalten. Der Hasencleverklub unternimmt am nächsten Sonntag einen Ausflug.

Eßen a. d. Ruhr, 1. Mai. Der „Rhein-Westf. Zeit.“ zufolge beabsichtigt der Bochumer Verein vorläufig täglich einen Sonderzug mit Arbeitern nach Zeche „Hasenwinkel“ zur Auskühlung bei der Grubenarbeit abzulassen. Auf Zeche „Recklinghausen“, Schacht 2, fuhren heute Nachmittag 100 Mann nicht an; im Uebrigen nimmt der Ausstand weiter ab.

Köln, 1. Mai. Die „Volkszeit.“ meldet, in den maßgebenden Kreisen hätten Verhandlungen über die Herabsetzung der Kohlen- und Roakspreise stattgefunden, in Rücksicht auf die Eisenindustrie sei auch bereits eine Verständigung erzielt, die letzte Entscheidung aber durch den ausgebrochenen Streik aufgehoben worden.

Franfurt a. M., 1. Mai. Im hiesigen Bankhouse Grunelius u. Comp. wurden Unterschlagungen in Höhe von 60 000 M. entdeckt. Der Kassirer Fürst wurde deshalb heute verhaftet.

Dresden, 1. Mai. Der heutige Tag ist hier und in der Umgegend ohne Ruhestörungen verlaufen; Alles arbeitet.

Nürnberg, 1. Mai. Die Vereinigung der bayerischen Spiegelglassfabrikanten hat in ihrer zu Fürth abgehaltenen Generalversammlung beschlossen, die Arbeit vom 19. Mai ab auf 4 Wochen für den Fall einzustellen, daß der Export nach Amerika weiterhin so gering bleibt.

Wien, 1. Mai. Die Stadt hat ein ruhiges Aussehen. Die Polizei gestattete den Aufzug der Arbeiter im Prater, doch dürfen dieselben nur in einzelnen Abtheilungen aufrücken; geschlossene Züge werden nicht gestattet. Die Rückkehr aus dem Prater muß um 7 Uhr Abends erfolgen.

Aus Pest wird gleichfalls vollkommene Ruhe gemeldet, ebenso aus anderen Landeshauptstädten.

Wien, 1. Mai. Das Abgeordnetenhaus genehmigte heute die Verlängerung des österreichisch-italienischen Handelsvertrags auf ein Jahr.

Petersburg, 1. Mai. Nach dem im „Regierungsboten“ veröffentlichten amtlichen Leichenbefund ist der Tod der Großfürstin Olga Feodorowna durch Herzähmung in Folge eines seit langer Zeit bestehenden unheilbaren organischen Herzfehlers, erfolgt, die Lähmung sei unmittelbar durch starker Pleuritis veranlaßt. Der amtliche Bericht fährt dann fort: Als am 24. März a. St. die Nachricht von der ohne Genehmigung des Kaisers und elterlichen Segen erfolgten Beherathung des Großfürsten Michael Michailowitsch eintraf und eine unausbleibliche Bestrafung des Großfürsten zu gewärtigen war, versegte dies dem franken Herzen und hohen Familiensinne der Großfürstin einen harten Schlag, sie fand die bei ihrem Krankheitszustande ohnehin vorgechriene Ruhe nicht und beschloß daher, sich nach der Krim zurückzuziehen.

Bern, 1. Mai. Hier und in der ganzen Schweiz ist der Tag bisher in vollster Ruhe und ohne bemerkenswerthe Zwischenfälle verlaufen. In Genf, Zürich, Luzern, Lausanne und Basel wurden Demonstrationsaufzüge veranstaltet; dieselben

gaben jedoch zu Störungen keinen Anlaß. Mehrfach wurden Resolutionen beschlossen betreffend die Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes im Sinne der Einführung des zehnstündigen und für gesundheitsgefährliche Berufsarten des neun- und achtstündigen Arbeitstages.

Nom, 1. Mai. Die Ruhe blieb vollständig ungestört. Der König unternahm gegen Mittag eine längere Spazierfahrt durch die Arbeiterviertel, wobei er von den Arbeitern mit Hochrufen begrüßt wurde. Die Nachrichten aus Mailand, Florenz, Biella, Genua, Palermo, Grosseto, Bologna, Specia, in denen allen die Arbeiter einen zahlreichen Bestandtheil der Bevölkerung bilden, melden, daß keinerlei Arbeitseinstellung oder Ruhestörung stattfand, vielmehr wurde fast überall wie an anderen Tagen gearbeitet.

Florenz, 1. Mai. Auf dem Savanarole Platz fand heute eine Arbeiterversammlung statt, an welcher etwa 600 Personen teilnahmen. Nachdem ein Redner die Menge aufgerufen hatte, das Eigentum anzugreifen, versuchte die Menge in die Stadt einzudringen, wurde jedoch von der Polizei daran verhindert. Es kam zu einem unbedeutenden Handgemenge, wobei einige Fensterscheiben zerschlagen wurden. Mehrere Personen wurden verhaftet. Infanterie- und Kavallerie-Patrouillen durchzogen die Stadt.

Paris, 1. Mai. Die Deputirtenkammer bot, da keine Plenarsitzung stattfand, sondern nur 3 Kommissionen tagten, den gewöhnlichen Anblick. Um 3 Uhr betraten 5 Arbeiterabgeordnete aus Paris und den Provinzen das Palais Bourbon, sie wurden an das Generalsekretariat des Präsidienten der Kammer gewiesen. Später wurden noch zwei Gruppen von je 5 Abgeordneten, darunter Cunningham Graham zugelassen. Die letzten Abgeordneten erklärten, einer Delegierten-Gruppe von 50 Mitgliedern anzugehören. Sie wünschten, daß Floquet diese Gruppe gemeinsam empfange, willigten in dessen darein, abtheilungsweise zu je 5 in das Palais einzutreten.

In Amiens wurde eine Wollfärberei Nächts durch Feuertheilweise zerstört. Man vermutet eine vorsätzliche Brandstiftung.

In den ersten Morgenstunden erfolgte vor einem Privathause der gänzlich unbelebten Rue de Berry eine Detonation, die auf die Explosion einer Petarde oder Kartusche zurückzuführen ist. Die Explosion verursachte keinen weiteren Schaden, als daß mehrere Steinplatten zertrümmert wurden, und blieb in dem Stadtviertel fast unbemerkt. Ferner soll in Marceille die Arbeiterkundgebung einen ziemlich lärmenden Verlauf genommen haben. Das Militär griff die Menge mit Stöcken an. Mehrere der Theilnehmer an der Kundgebung wurden verhaftet, darunter auch der Deputierte Boyer.

Brüssel, 1. Mai. Die hervorragendsten Etablissements der Metallbranche, die Hütfabriken und die Tischler- und Kunst-Tischler-Werkstätten in Brüssel und den Vorstädten feiern vollständig. Es wird angenommen, daß die Kundgebungen im ganzen Lande, besonders in Brüssel, friedlich verlaufen werden.

Im Zentralbassin wurde heute allgemein gefeiert. In vielen Städten veranstalteten die Arbeiter Umzüge, ohne daß es zu Ausschreitungen gekommen wäre. In Charleroi durchzogen 20 000 Manifestanten die Stadt mit Musik und rothen Fahnen. Truppen wurden konsigniert. Man glaubt, der Streik in den Kohlengruben von Charleroi werde am Montag ein allgemeiner sein.

Brüssel, 1. Mai. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus der Provinz ist die Ruhe nirgends gestört worden; an allen Orten wurden Reden an die Menge gehalten, welche an den Arbeiterkundgebungen teilnahmen. Vielfach wurden Hochrufe auf das allgemeine Stimmrecht und Seitens der Grubenarbeiter auf den Streik ausgebracht.

Madrid, 1. Mai. Die heute hier abgehaltenen Arbeiter-Meetings sind sehr ruhig verlaufen. Es sind nirgends Ausschreitungen vorgekommen, überall herrschen normale Zustände.

Nach hier eingelangten Nachrichten brennt die Schiffswerft in Bilbao. Über die Entstehungssache des Brandes ist nichts bekannt.

London, 1. Mai. Die Gründungsfeier der deutschen Ausstellung wird am Sonnabend den 9. Mai, Nachmittags 3 Uhr stattfinden. Fürst Blücher von Wahlstatt, der Lord-mayor von London, sowie viele hervorragende Mitglieder des deutschen und englischen Adels werden an der Feier teilnehmen.

Athen, 1. Mai. An Bord des Panzerschiffes „Admiral Baudin“, welches nach Jaffa zur Unterstützung des gefesselten Schiffes „Seignelay“ abgegangen war, ereignete sich ein Unglücksfall. Der Dampfkessel explodiert, tödte 2 Matrosen und verwundete 14 schwer. Der „Admiral Baudin“ ist nach dem Piräus zurückgekehrt.

Hamburg, 1. Mai. Der Postdampfer „Holsatia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft ist, von Hamburg kommend, am 29. April in Havanna eingetroffen.

London, 1. Mai. Der Union-Dampfer „German“ ist gestern auf der Heimreise von Madeira abgegangen.

London, 1. Mai. Der Union-Dampfer „Durban“ ist gestern auf der Ausreise von den Kanarischen Inseln abgegangen.

Berlin, 2. Mai. Gestern fand hier selbst eine große sozialistische Versammlung im Eiskeller-Etablissement statt. Abg. Liebknecht hielt eine Rede über die Bedeutung des ersten Mai und forderte zur Einigkeit der arbeitenden Klassen auf. Hierauf wurde eine Resolution betreffend den Normalarbeitsstag und den Arbeiterchutz im Sinne des Pariser Kongresses angenommen und beschlossen, den dritten Theil des heutigen Verdienstes für Agitationszwecke herzugeben. Ausschreitungen sind nicht vorgekommen.

Amsterdam, 1. Mai. Der Tag verlief ruhig. Die Sozialdemokraten Domela und Nieuwenhuis sprachen für den

Achtstundentag; derselbe sei die erste Etappe zu dem sechs-, vier- und zweistündigen Arbeitstag; nach wenig animirter Debatte wurde eine Resolution für den Achtstundentag angenommen. Die Nachrichten aus der Provinz melden ebenfalls vollständige Ruhe.

Nom, 1. Mai. Ein anarchistisches Meeting wurde nach heftigen aufrührerischen Reden von der bewaffneten Macht zerstreut. Die Menge leistete Widerstand; hierbei wurde ein Schutzmann durch einen Dolchstich getötet und zwei Gendarmen und fünf andere Personen verwundet. — In der Kammer wurde Nicotera über die Auflösung der anarchistischen Versammlung interpellirt; derselbe theilte mit, die Polizei sei mit Revolverschüssen angegriffen worden, auch vom Hause Ciprianis sei geschossen worden. Der Deputirte Barzilai sei ebenfalls verwundet.

Angekommene Fremde.

Posen, 2. Mai.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Lieut. v. Grabowski und Frau aus Obořit, Waldmann aus Wola in Polen, Stobwasser und Frau aus Gr-Lutom, Frau v. Arnt und Fam. aus Komornit, Ass.-Inspektor Rutke aus Berlin, die Kaufleute Thönemann, Blöcker, Franke, Jacob, Wachtel, Joachimthal und Knoblauch aus Berlin, Drevermann aus Gevelsberg, Joachimthal und Schulze aus Stettin, Konitzky aus Hamburg, Werner aus Wiesbaden, Dinkelspielder aus Fürth, Müller aus Dresden, Arnold aus Leipzig, Junkmann aus Bromberg und Geyer aus Werlau.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Major v. Treslow und Fam. aus Wierzonka, Wendeburg und Tochter aus Zdzieschow, die Lieutenants d. R. i. 2. Leib-Hu.-Regt. Kali. Nr. 2 Ravené und Bed. und Mathen und Bed. aus Berlin, Gerichts-Assessor Ackermann aus Görlitz, Pastor Dünnebier aus Freyhan, Fabrikbesitzer Bahl aus Danzig, General-Agent Weidel aus Bremerhaven, Direktor Steingraber aus Köln, Privatsekretär Frau Heymer aus Berlin, die Kaufleute Rosenfeld aus Breslau, Büchenbacher aus Fürth, Sauermalb, Schinz und Oderich aus Berlin, Siebig aus Waltershausen und Kindorf aus Mainz.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Mertens aus London und Winter aus Hannover, Hofbuchdruckereibesitzer Kanter aus Marienwerder, Rittergutsbesitzer und Lieut. d. R. i. Wendeburg aus Krüssow i. P., Agent Löffler aus Frankfurt a. M.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Kaufleute Brückmann und Schramm aus Berlin, Knipper aus Bommel und Müller aus Dresden, Inspektor Brandt aus Viegritz, Photograph Funkel aus Berlin, Lehrer Opitz aus Schönwitz und Fr. Wiedemann aus Wartshau.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Die Kaufleute Nehring aus Breslau, Mantowski aus Posen und Braun aus Magdeburg, die Arztes Dr. Witczak aus Jaschemb und Dr. Swiatosz aus München, Techniker v. Sofolnicki aus Wiglowice, die Bürger Marzantowicz und Kaniewski und Frau Lepczynski aus Kalisch.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Meyer aus Berlin, Blech aus Breslau, Hein aus Stettin, Grün aus Magdeburg, Walter aus Breslau, Junge aus Königsberg i. Pr., Fischer aus Wien und Weinfeld aus Dresden.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Gutsbesitzer Heinze aus Breslau und Wege aus Tlučany, Dr. phil. Schippe aus Breslau, die Kaufleute Mandel aus Fürth Abraham aus Berlin, Landsberger aus Krefeld, Krause aus Breslau und Herrmann aus Brotow.

Hotel Bellevue (H. Goldbach). Die Kaufleute Heinrich aus Krefeld, Westphal aus Czajchen, Härtner und Bisch aus Breslau, Wenzel aus Hamburg, Farnsteiner aus Mannheim, Heymann, Silberstein und Schubert und Frau aus Berlin, Barnkopf aus Trepow a. d. Rega, Spagat aus Rogasen und Hintzmann aus Danzig, die Gutsbesitzer v. Kostrzewski aus Friedenfeld und Heinze aus Klecko, Fabrikbesitzer Dr. phil. Buthe aus Breslau.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Greier, Nottrott und Collignon aus Berlin, v. d. Zaal aus Haarlem, die Unteroffiziere Zedler, Ruth, Kürrels und Bab aus Posen, Kultur-Ingenieur Lüdike aus Gr.-Licherfelde, Gendarm Gorni aus Neila, die Techniker Rautert aus Hirschberg und Steffens aus Aachen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1891.

| Datum | Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe. | Wind. | Wetter. | Temp. Grad |
|-----------|---|-----------|----------------|---------------|
| 1. Moch. | 754,7 | SW frisch | bedeckt | +22,0 |
| 1. Abends | 753,6 | S leicht | trübe | 17,1 |
| 2. Morg. | 752,7 | SW mäßig | leicht bewölkt | +16,1 |
| Am 1. Mai | Wärme-Maximum | - | 23,3° Cel. | |
| Am 1. | Wärme-Minimum | + | 10,6° | = |

Wasserstand der Warthe.

| | |
|------------------|---------------------|
| Posen, am 1. Mai | Morgens 2,12 Meter. |
| = | Mittags 2,08 |
| = | Morgens 2,00 |

Telegraphische Börsennotizie.

| | |
|------------------------|---|
| Breslau, 1. Mai. Fest. | 3 1/2 %ige L.-Bfandbörse 97,60, 4%ige ungarische Goldrente 92,10, Konsolidirte Türkei 18,75, Türkische Lope 76,00, Breslauer Distontoban 105,00, Breslauer Wechselbank 103,00, Schlesischer Bankverein 11 |
|------------------------|---|

Bremen, 1. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loto 6,40 Br. Ruhig.
Auktion des Norddeutschen Lloyd 120 $\frac{1}{2}$, bez.
Norddeutsche Wallkämmerei — Br.
Der Aufsichtsrath der Bremer Pferdebahn beschloß eine 8prozentige Dividende (gegen 5 prozentige im Vorjahr).
Bett, 1. Mai. Produktionsmarkt. Weizen loko bestellt, ver Mai-Juni 9,53 Gd., 9,55 Br., per Herbst 9,06 Gd., 9,08 Br. Hafer per Herbst 6,23 Gd., 6,25 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,73 Gd., 6,75 Br., per Juli-August 6,90 Gd., 6,92 Br. — Kohlraps per August-September 16,70 Gd., 16,90 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 1. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizennatt, per Mai 30,40, per Juni 30,10, per Juli-August 29,60, per September-Dezember 29,10. — Roggen ruhig, per Mai 20,00, per September-Dezember 19,70. — Mehl weichend, per Mai 63,90, per Juni 64,10, per Juli-August 64,60, per September-Dezember 64,40. — Rübel träge, per Mai 75,50, per Juni 76,25, per Juli-August 77,00, per September-Dezember 79,00. Spiritus behauptet, der Mai 41,75, per Juni 41,75, per Juli-August 42,25, per September-Dezember 40,25. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 1. Mai. (Schlußbericht.) Rohzucker 888 träge, loto 34,50 a 35,00. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilo per Mai 36,25, per Juni 36,50, per Juli-August 36,75, per Oktober-Januar 34,75.

Havre, 1. Mai. (Telegramm der Hamburger Firma Belmann, Stegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Mai 107,75, per September 104,00, per Dezember 94,75. Fest.

Havre, 1. Mai. (Telegramm der Hamburger Firma Belmann, Stegler u. Co.) Kaffee in New York schloß mit 5 Points Haussie.

Amsterdam, 1. Mai. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per November 255. — Roggen loko und auf Termine unverändert Mai 191 a 192, per Oktober 178 a 179 a 178 a 177. Raps per Herbst —. Rübel loko 84 $\frac{1}{4}$, per Herbst 83 $\frac{1}{2}$.

Amsterdam, 1. Mai. Java-Kaffee good ordinary 61 $\frac{1}{2}$.

Antwerpen, 1. Mai. Petroleumummarkt. (Schlußbericht.) Raffinates Type weiß loto 16 $\frac{1}{4}$ bez. und Br., per Mai 15 $\frac{1}{2}$ Br., per Juni 16 Br., per Juli 16 Br., per Septbr.-Dezember 16 $\frac{1}{2}$ Br. Ruhig.

Antwerpen, 1. Mai. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste unverändert.

London, 1. Mai. Chitt-Kupfer 51 $\frac{1}{2}$, per 3 Monat 52.

London, 1. Mai. 96 $\frac{1}{2}$ C. Javazucker loko 15 $\frac{1}{2}$, träge. — Rüben-Rohzucker loko 13 $\frac{1}{2}$ träge.

Centrifugal Cuba —.

London, 1. Mai. An der Küste 3 Weizenladung angeboten. — Wetter: Regenschauer.

London, 1. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Befuhren seit letztem Montag: Weizen 31 760, Gerste 7590, Hafer 45 360 Orts.

Sämtliches Getreide mitunter stetiger, jedoch sehr ruhig, an gekommener Weizen stetig, schwimmender fest, kontinentale Nachfrage, englischer träge, fremder weißer 1/2—1 sh. billiger; rother stetig. Mais schwach, russischer Hafer 1/4 sh. niedriger. Regenschauer.

Glasgow, 1. Mai. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers Warrants 46 sh. 7 $\frac{1}{2}$ d.

Bradford, 30. April. Wolle, ruhig aber stetig, in Stoffen ziemlicher Begehr, Garne ruhig.

Liverpool, 1. Mai. Getreidemarkt. Weizen 1 $\frac{1}{2}$ d., Mais 3 d. niedriger, Mehl ruhig. — Wetter: Regen.

Glasgow, 1. Mai. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 512 088 Tons gegen 784 482 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 57 gegen 87 im vorigen Jahre.

Liverpool, 1. Mai. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Möglicher Umsatz 8000 Br. Ruhig. Tagesimport 15 000 Ballen.

Liverpool, 1. Mai. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Br. Ruhiger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Mai-Juni 4 $\frac{1}{2}$ do., Juli-August 4 $\frac{1}{2}$ do., August-September 4 $\frac{1}{2}$ do., September-Oktober 4 $\frac{1}{2}$ do., November 4 $\frac{1}{2}$ do., Nov.-Dezember 4 $\frac{1}{2}$ do., Dezember-Januar 4 $\frac{1}{2}$ do.

Newyork, 1. Mai. Waarenbericht. Baumwolle in New York 8 $\frac{1}{2}$, do. in New Orleans 8 $\frac{1}{2}$. Hafer. Petroleum Standard white in New York 6,85—7,15 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,80—7,10 Gd. Rohes Petroleum in New York 6,70, do. Pipe line Certificates per Mai 66 $\frac{1}{2}$. Leichter. Schmalz loko 7,00, do. Rohe u. Brothers 7,40. Zucker (Fair refining Muscovados) 3 $\frac{1}{2}$. Mais (New) per Mai 75 $\frac{1}{2}$. Rother Winterweizen loko 118 $\frac{1}{2}$. Kaffee (Fair Rio) 20. Weiß 4 D. 65 C. Getreidefracht 1 $\frac{1}{2}$, — Kupfer per Mai —, nominal. Rother Weizen per Mai 118 $\frac{1}{2}$, per Juli 111 $\frac{1}{2}$. Kaffee Nr. 7, low ordinär per Mai 17,77, per Juli 17,62.

Newyork, 1. Mai. Rother Winterweizen per Mai 1 D. 16 $\frac{1}{2}$ C. per Juni 1 D. 15 $\frac{1}{2}$ C.

Berlin, 2. Mai. Wetter: Schön.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 1. Mai. An der heutigen Börse herrschte bei Beginn festere Haltung bei fast ausnahmslos verbesserten Kursnotierungen vor; bald nachher machte sich ohne bemerkbare Gründe Realisationslust geltend, und die große Mehrzahl aller Spekulationspapiere mußte wieder etwas nachgeben.

Bankaktien wurden reger gehandelt und konnten nach mehrfachen Schwankungen ihre etwas höhere Notiz behaupten, während inländische Eisenbahntickets durchweg leichte Kursschwanken erlitten; österreichische Transportwerke lagen zumeist recht fest, Dux und Buschthirader schwächer; schweizerische und italienische Bahntickets bei ruhigem Handel wenig verändert, Warschau-Wiener abermals wesentlich besser bezahlt.

Spekulativer Industrie-Effekt waren vernachlässigt, dagegen gingen alle Montanwerke lebhafter und anfänglich zu durchweg erhöhten Preisen um, mußten aber später einen Theil ihrer Kursgewinne wieder abgeben. Ausländische Fonds lagen bei kaum veränderten Preisen sehr still.

Die zweite Börsentunde verlief und schloß nach kurzer Erholung in schwächer Haltung und mit größtentheils noch etwas ermäßigten Kursen, nur Norddeutsche Lloydaktien zogen auf starke Deckungskäufe an, während das Geschäft, Bantien, Franzosen und Lombarden ausgenommen, noch unbedeutender wurde als vorher.

Heimische Staats-Anleihen bewahrten bei guten Umsätzen sehr feste Tendenz.

In- und ausländische Eisenbahn-Prioritäten hielten sich bei fast unveränderten Preisen still.

Der Kassamarkt zeigte bei besseren Umsätzen feste Haltung, und es wurden Bergwerke durchweg, von Industrierwerken Brauereien, sowie Baugefossen meist höher bezahlt.

Privatdiskont 2 $\frac{1}{2}$ Prozent.

Produkten-Börse.

Berlin, 1. Mai. In Folge des fruchtbaren Wetters eröffnete der Getreidemarkt in schwächer Haltung. Auf den Mangel an Ware und starke Deckungsordnung bei den Kommissionären trat aber bald eine Erholung ein, so daß Weizen und Roggen gegen den gestrigen Schlüsselwert wenig verändert sind. Hafer siegte ebenfalls billiger ein, überschritt aber schließlich den gestrigen Schlüsselwert. Roggenmehl bei einem Geschäft erheblich höher bezahlt. Rübel etwas matter. Spiritus war anfänglich auf Realisationen und Abgaben für hintere Termine im Allgemeinen schwach und niedriger, später aber etwas erholt, so daß die Preise um ca. 20 Pf. niedriger schließen. Das Blaklager läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, die höchsten Taxen gehen nicht über 10 Millionen Liter hinaus.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm Loko fest. Termine schließen fest. Gefündigt 350 Tonnen. Kündigungspreis 241 Mark. Loko 220—241 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 240 M., per diesen Monat 240—241,75 bez., per Mai-Juni — bez., per Juli-Zuli 234,50—236,25 bez., per Juli-August 224—225,50 bez., per August-September —, per September-Oktober 209,5—211 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko höher. Termine höher. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Mark. Loko 182—200 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 197 M., per diesen Monat 196,75—196,5—200 bez., per Mai-Juni 195,25 bis 198,25 bez., per Juli-Zuli 194,5—25—197,25 bez., per Juli-August 185,75—188 bez., per September-Oktober 179—180,75 bis 180,5 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Fest. Große und kleine 150—185 M. nach Qualität. Futtergerste 150—165 M.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko fest. Termine Anfangs flau, schließen höher. Gefund. — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 170—187 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 176 Mark, pommerscher, preußischer und schlesischer mittel bis guter 172—179, feiner 183—185 ab Bahn bez., per diesen Monat 171—172,25 bez., per Mai-Juni 169,25—171,5 bez., per Juli-Zuli 169,5—171 bez., per Juli-August 159,5—160,5 bez., per September-Oktober 148,5 bis 150 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko matter. Termine matt. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Mark. Loko 172 bis 182 M. nach Qualität, per diesen Monat 158 bez., per Mai-Juni 153,75 bez., per Juli-Zuli 153,25 bez., per Juli-August — bez., per September-Oktober 148 M.

Erbse per 1000 Kg. Kochware 174—185 M., Futterware 162—170 M. nach Qualität.

Roggengemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Termine höher. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — Mark, per diesen Monat 26,80—27,20 bez., per Mai-Juni 26,75—27,10 bez., per Juli-Zuli 26,70—27 bez., per Juli-August 25,70—29 bez., per Septbr.-Oktober 24,70—20 bez.

Rübel per 100 Kilogramm mit Saß. Schwankend. Gefund. 1800 Bentner. Kündigungspreis 61,10 Mark. Loko mit Saß —, loko ohne Saß —, per diesen Monat und per Mai-Juni 60,8—61,5 bez., per Juli-August —, per September-Oktober 63 bis 62,8—63,3 bez., per Novbr.-Dezember — bez.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sad. Loko 25,00 M.

Feuchte Kartoffelstärke per Mai 51,10 M. Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sad. Loko 25,00 M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Utr. Kündigungspreis — Mark. Loko ohne Saß 71,4 bez., in einem Falle 71 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 19 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gefündigt — Utr. Kündigungspreis — Mark. Loko ohne Saß 51,4 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Utr. Kündigungspreis — Mark. Loko mit Saß —, per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Fest. Gefündigt 60 000 Liter. Kündigungspreis 51,10 Mark. Loko mit Saß —, per diesen Monat und per Mai-Juni 51,4—50,8—51,2 bez., per Juli-Zuli 51,6—51,2—51,5 bez., per Juli-August 52—51,5 bis 51,9 bez., per August-September 52—51,5—51,9 bez., per Septbr.-Oktober 48,2—48,1—48,3 bez., per Oktober-November —, per November-Dezember — bez.

Weizenmehl Nr. 00 32,00—30,50, Nr. 0 30,25—28,75 bez. Keine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 27,25—26,50, do. keine Marken Nr. 0 u. 1 28,25—27,25 bez., Nr. 0 1 $\frac{1}{2}$ M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. incl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll. = 4 $\frac{1}{4}$ M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. hell. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

| Bank-Diskonto. Wechsel v. f. | Brsch. 20. T.L. | — 104,70 bz | Schw. Hyp.-Pf. | 4 $\frac{1}{2}$ 102,20 B. | Warsch-Teres | — 104,10 bz | Reichenb.-Prior. | Pr-Hyp.-B.I. (rz. 120) 4 $\frac{1}{2}$ | Bauges. Humb. | |
|--|---------------------------|---------------------------|------------------|---------------------------|------------------|-------------|------------------|--|-----------------|----------------|
| Amsterdam, 3 | 8 T. 168,95 bz | 3 $\frac{1}{2}$ 93,75 bz | Serb.Gld-Pfdbr. | 5 91,10 bz G | do. Wien. | — 242,50 bz | do. Gold-Prior. | 5 | 133,00 B. | |
| Dess. Präm.-A. | 3 $\frac{1}{2}$ 93,10 bz | 5 91,10 bz G | do. Rente | 5 91,10 bz G | do. Gold-Prior. | 5 | 5 120,00 bz G. | Moabit | 5 120,00 bz G. | |
| Ham., 50 T.-L. | 3 139,40 G. | 5 91,30 bz G | do. neu | 5 91,30 bz G | do. Gold-Prior. | 5 | 73,50 bz G. | Passage | 3 73,50 bz G. | |
| Lüb. | 3 $\frac{1}{2}$ 131,40 B. | 4 104,00 G. | Stockh. Pf. 87. | 4 104,00 G. | Südost. B. (Lb.) | 3 66,20 B. | do. Gold-Prior. | 5 101,30 bz G. | U. d. Linden | — 26,00 bz G. |
| Mein. 7 Guld-L. | — 2,25 bz | 3 $\frac{1}{2}$ 131,40 B. | do. St.-Ant. 87. | 3 $\frac{1}{2}$ 131,40 B. | do. Obligation. | 5 04,80 B. | do. Gold-Prior. | 5 95,50 bz G. | Berl.Elektr.-W. | 0 179,60 bz G. |
| Oldenb. Loose | 3 130,00 G. | — 2,25 bz | Span. Schuldh. | 4 75,75 G. | do. Gold-Prior. | 5 99,10 G. | do. Gold-Prior. | 5 101,60 bz G. | Berl. Lagerhof | 0 28,50 bz G. |
| In Berlin 3. Lombard 3 $\frac{1}{2}$ u. 4. | | | Pfd. Sterl. v. | 1 | 137,10 G. | | do. do. | 5 1 | | |